

Was macht eine solidarische Stadt aus?

Sechs Heidelberger geben Antworten – Diskussion bei der „Woche gegen Armut und Ausgrenzung“

Von Sara Wess

Was macht eine solidarische Stadt aus – und was bedeutet Solidarität eigentlich für den Einzelnen? Diese Fragen wurden auf Einladung des Asyl-Arbeitskreises im Rahmen der „Woche gegen Armut und Ausgrenzung“ am Dienstag in den Räumen der Gewerkschaft Verdi diskutiert. Rund 20 Menschen hörten den sechs Diskutanten zu. Wir geben deren Kernaussagen wider:

> **Sahra Mirow, Linke-Stadträtin:** Solidarität bedeutet für Mirow vor allem, für Dinge zu kämpfen, die einen selbst nicht betreffen. Sie sagte: „In einer reichen Stadt wie Heidelberg arm zu sein ist schlimm, denn Armut wird schwerer, je reicher das eigene Umfeld ist.“ Mirow appellierte an alle Heidelberger: „Wir alle müssen sehr viel stärker hinschauen, weil vieles versteckt und ins Häusliche verlagert wird.“

> **Beate Deckwart-Boller, Grüne-Stadträtin,** definiert Solidarität so: „Sich mit anderen zu verbünden und zu helfen, auch wenn ich selbst keinen Nutzen daraus ziehe

oder sogar etwas abgeben muss.“ Sie lobte, dass es bereits „viele kleine Zellen“ in der Stadt gäbe, in denen Gutes getan werde: Repair-Cafés, Nachbarschaftshilfen und viele andere kleine Projekte.

> **Annette Schiffmann, Asyl-Arbeitskreis:** „Solidarität ist nicht nur eine Haltung“, sagte Schiffmann. „Man muss das auch fühlen. Jeder verdient es, ein schönes Leben zu haben.“

> **Christoph Nestor, Mieterverein,** sieht in dem Begriff der Solidarität nichts anderes als „Menschenwürde für alle“. Das Wort selbst sei ihm jedoch „zu viel Fremdwort“. Er beschreibe lieber die Praxis: „Dahin gehen, wo es wehtut, wo die Menschen ungewaschen sind und es eine Mordsarbeit ist. Das ist Solidarität.“ Eine solidarische Stadt gehe für ihn mit einer gemeinwohlorientierten Stadt einher. Nestor forderte auch eine ehrliche Definition des Nachhaltigkeits-Begriffs: „Das soziale Drittel hinkt aktuell hinter dem ökologischen und dem ökonomischen Wohl hinterher“, kritisierte er. „Die sozialen Ziele müssen mit dersel-

ben Konsequenz definiert und umgesetzt werden wie alles andere auch.“

> **Ulrike Hamann, SPD-Bezirksbeirätin Neuenheim,** stellte, wie Nestor, den Begriff der Menschenwürde ins Zentrum: „Das Ziel einer solidarischen Stadt sollte die Wiederherstellung der Menschenwürde eines jeden sowie die Angleichung der Ungleichverhältnisse sein.“ Aufgabe der Kommunalpolitiker sei es, Möglichkeiten zu eröffnen, sodass jeder Einzelne ohne großen organisatorischen Aufwand helfen könne.

> **Monika Meißner, SPD-Stadträtin:** In einer solidarischen Stadt müssten alle die gleichen Rechte haben und die gleichen Bedingungen vorfinden, so Meißner. Doch der Weg dahin sei nicht leicht: „Viele Dinge klingen als Forderung sehr gut, sind aber schwer umzusetzen – denn Finanzen sind endlich.“ Das Thema bezahlbarer Wohnraum sei besonders wichtig, ebenso die Zukunft der Kinder, die in weniger begüterten Familien aufwachsen. „Auch sie verdienen eine Chance auf Bildung, Betreuung und anständige Mahlzeiten.“